



MITTEILUNGEN AUS DEM BUNDESTAG.



DR. CHRISTOS PANTAZIS, MdB
IHR ABGEORDNETER FÜR BRAUNSCHWEIG



Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet - 08.11.2024

Eine Woche, die in die Geschichte eingehen
wird! | Mitteilungen aus dem Bundestag |
DR. PANTAZIS berichtet - 08.11.2024

Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,
Liebe Braunschweigerinnen und Braunschweiger,

was für eine Sitzungswoche!

Am Mittwoch gab es zwei spektakuläre Meldungen, die deutlich machen: Uns steht ein großer Wandel bevor. Das Ende der Ampelkoalition durch Entlassung von Finanzminister Christian Lindner und die erneute Wahl von Donald Trump zum - nun - 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Unser Bundeskanzler Olaf Scholz hat am Mittwoch eine entschlossene Richtungsentscheidung getroffen: Er hat unseren Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier um die Entlassung von Finanzminister Christian Lindner gebeten. Damit endet der lange Streit in der Bundesregierung und schafft den Raum für eine handlungsfähige Politik. Die Herausforderungen vor uns sind groß, und der Weg, den Olaf Scholz für unser Land skizziert hat, ist der richtige.

Unverantwortlicher Bruch in der Regierung

Dass Christian Lindner in dieser kritischen Zeit und angesichts globaler Krisen den Bruch der Regierungskoalition wissentlich und willentlich provoziert hat, ist unverantwortlich! Deutschland steht vor immensen Herausforderungen: Mit Donald Trumps Wahlsieg in den USA und dem fortlaufenden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine braucht Europa mehr denn je eine verantwortungsvolle deutsche Politik, die Sicherheit und Wohlstand garantiert.

Lindner-FDP gefährdet Vertrauen

Doch statt Verantwortung zu übernehmen, gefährdet die Lindner-FDP das Vertrauen in Deutschlands Stabilität und die Zukunft unserer Gesellschaft. Die ursprünglich als „Fortschrittskoalition“ gegründete Regierung sollte langfristig in Bildung, Infrastruktur und nachhaltige Technologien investieren. Die SPD-Bundestagsfraktion steht auch weiterhin zu diesen Zielen und setzt sich für zukunftsorientierte Investitionen ein. Lindner hingegen blockiert mit seiner nahezu dogmatischen Sparpolitik den dringend nötigen Fortschritt und nimmt billigend den weiteren Verschleiß unserer Infrastruktur in Kauf - von maroden Brücken bis zu sanierungsbedürftigen Schulen. Generationengerechtigkeit bedeutet schließlich nicht nur eine solide Haushaltspolitik, sondern insbesondere auch eine intakte Infrastruktur zu hinterlassen.

Neuwahlen sind unumgänglich

Das Ende der Ampelkoalition war angesichts der Umstände konsequent und notwendig. Daher sind Neuwahlen unvermeidlich. Bis dahin wird die amtierende Regierung alles dafür tun, um nicht aufschiebbare Projekte wie den Ausgleich der kalten Progression, die Stabilisierung der gesetzlichen Rente, die Umsetzung der Regeln des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die Sofortmaßnahmen für die deutsche Industrie und die Sicherstellung der Ukrainehilfen bis Jahresende zu beschließen.

Verantwortung übernehmen oder Parteipolitik?

Vor diesem Hintergrund ist die Opposition und insbesondere die Union in der Pflicht mit uns Verantwortung für Deutschland und Europa bis zu den Neuwahlen zu übernehmen. Sie muss sich klar zu Stabilität Deutschlands und Europas bekennen. Die Union muss sich entscheiden: Verantwortung für Deutschland oder Parteipolitik zugunsten persönlicher Ambitionen!

Persönlich bedauere ich es sehr, dass die fortschrittliche Politik, die ich im Gesundheitsbereich im Zuge der Krankenhausreform gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern von B90/Die Grünen sowie FDP erfolgreich verhandelt habe, durch das Verhalten Christian Lindners nun abrupt ausgebremst wird. Für mich bleibt unmissverständlich klar: **Deutschland braucht keine Spielernaturen, sondern verantwortungsbewusste Politiker.**

Für mich gilt immer die **Maxime: Erst kommt das Land, dann die Partei. Ich bin bereit für Neuwahlen - wann immer sie sein mögen!**



[Link | Mein Videostatement zur Woche](#)

US-Wahlen | Weckruf für die Demokratie und Europa

Die Wahl von Donald Trump zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten wird auch Europa beeinflussen. In Fragen wie Krieg und globaler Sicherheit könnten wir Europäer zunehmend auf uns allein gestellt sein.

Die Herausforderungen wachsen, und es ist wichtiger denn je, dass wir als Gemeinschaft zusammenhalten und Verantwortung übernehmen, um unsere Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten.

Wir werden weiterhin politisch, militärisch und finanziell in die europäische Sicherheit investieren. Dabei stärkt Deutschland seine Beziehungen zu weiteren Staaten, die sich für eine reformierte, regelbasierte internationale Ordnung einsetzen.

Diese Entwicklungen sind ein Weckruf, der uns zum Handeln mahnt. Wir sollten aus früheren Fehlern lernen und verhindern, dass grundlegende demokratische Prinzipien in Deutschland oder Europa gefährdet werden. Es ist an der Zeit, wachsam zu bleiben und die Werte unserer Demokratie entschlossen zu schützen.



VW | Im Gespräch mit Daniela Nowak

Am Montag habe ich die Betriebsratsvorsitzende Daniela Nowak im VW-Werk in Braunschweig besucht. Der Grund dafür war die zunehmend kritische Lage bei Volkswagen, die derzeit über zehntausend Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet. Im Gespräch mit Frau Nowak haben wir uns über die Chancen und Herausforderungen des Konzerns ausgetauscht, insbesondere im Hinblick auf den Standort Braunschweig, der seit Jahren entscheidend zum Erfolg des Unternehmens beiträgt.

Viele Beschäftigte blicken nun mit Unsicherheit und Frustration in die Zukunft. Es ist inakzeptabel, dass die Mitarbeitenden für strategische Managementfehler leiden sollen. Ich werde mich weiterhin für ihre Rechte und für ein nachhaltigeres Konzept bei VW einsetzen. Es ist entscheidend, dass langfristige und sozialverträgliche Lösungen gefunden werden.

Darüber hinaus fordere ich die Bundesregierung auf, mehr Unterstützung zu leisten. Eine Reform der Schuldenbremse und die Einführung eines Brückenstrompreises bis 2030 sind dringend notwendig. Zudem sollten wir stärker in nachhaltige Wertschöpfung investieren. Als Braunschweiger Bundestagsabgeordneter stehe ich solidarisch an der Seite der VW-Belegschaft und setze mich dafür ein, dass im Transformationsprozeß auch ihre Anliegen gehört werden.



[Link | Artikel in der Okerwelle](#)

Botschaften der Woche

Ein Pakt für die Industrie

Vor uns liegt der größte Wandel unserer Wirtschaft und Arbeitswelt seit Beginn der Industrialisierung. Der globale Wettbewerb fordert unsere Industrie heraus. Deutschland muss auch in Zukunft ein starker Wirtschaftsstandort bleiben - mit guten, tarifgebundenen Löhnen und sozialer Sicherheit für die Beschäftigten.

Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz und für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung, von dem alle profitieren. Die Koalition hat sich auf eine Wachstumsinitiative verständigt, mit der wir den Wirtschaftsstandort stärken, etwa durch bessere Finanzierungsbedingungen und den Abbau von Bürokratie. Mit einem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, einer Ausbildungsgarantie, der Förderung von Weiterbildung und dem Ausbau der Ganztagsbetreuung wirken wir dem Fachkräftemangel entgegen. Darüber hinaus setzen wir uns für wettbewerbsfähige Strompreise in der Industrie sowie für die Stärkung von Zukunftstechnologien und Schlüsselbranchen ein.

Es ist gut, dass Bundeskanzler Olaf Scholz einen Prozess gestartet hat, bei dem die Bundesregierung in den kommenden Wochen gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Industrieverbänden und Unternehmen Möglichkeiten erörtert, wie sie weitere Wachstumsimpulse setzen, Industrie-Arbeitsplätze in Deutschland sichern und den Industrie-Standort Deutschland stärken kann. Es geht darum, gemeinsam anzupacken und konkrete Maßnahmen in einem Pakt für die Industrie zu verabreden.



Wir stärken das Handwerk

Ob der Bäcker, die Friseurin oder die Dachdeckerin: Die 5,6 Millionen Handwerkerinnen und Handwerker halten unser Land am Laufen. Damit das in Zukunft auch so bleibt, müssen wir mehr Menschen davon überzeugen, eine Karriere im Handwerk zu starten. Für Azubis wollen wir mehr bezahlbaren Wohnraum in der Nähe der Ausbildungsorte bereitstellen. Gerade auf dem Land braucht es attraktive Wohn- und Mobilitätsangebote, damit der Weg zur Ausbildung wortwörtlich leichter fällt. Schulen sollten bei der Berufsorientierung stärker mit der ansässigen Wirtschaft zusammenarbeiten, um auf konkrete Ausbildungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen.

Ebenfalls wichtig ist, die Handwerksbetriebe noch zielgenauer bei der Integration von Fachkräften aus dem Ausland zu unterstützen. Für die Arbeits- und Fachkräfte, die schon in Deutschland sind, wollen wir das Angebot an Sprachkursen verbessern, sodass Spracherwerb und Arbeit Hand in Hand gehen können.

Um noch mehr Frauen für das Handwerk zu gewinnen, wollen wir unter anderem den Anspruch auf Mutterschutzleistungen ausweiten. Eine Schwangerschaft darf bei Gründerinnen und selbstständigen Handwerkerinnen in Zukunft nicht mehr zu Betriebsschließungen führen. Außerdem wollen wir den dringend notwendigen Bürokratieabbau weiter konsequent vorantreiben, damit Entlastungen gerade beim mittelständisch geprägten Handwerk auch wirklich ankommen. Mit Praxis-Checks, wie wir sie bereits an anderen Stellen etabliert haben, sollten auch hier unnötige Bürokratie identifiziert werden.



35 Jahre friedliche Revolution

Das Jahr 1989 ist das Jahr der Friedlichen Revolution in der DDR, ohne sie wäre die Deutsche Einheit 1990 nicht möglich gewesen. Die Friedliche Revolution in der DDR ist Teil einer mitteleuropäischen Bewegung, die ihren Anfang in Polen und Ungarn nahm und sich anschließend auf die DDR und die Tschechoslowakei und Teile der ehemaligen Sowjetunion ausdehnte.

Mit einem Antrag erinnern wir an die mutigen Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR, die für ihre Freiheit auf die Straße gingen, und an die Verhandlerinnen und Verhandler der Deutschen Einheit auf beiden Seiten Deutschlands. Die Erinnerungen an die Jahre 1989/90 zeigen uns, wie stark wir sein können, wenn wir zusammenhalten und den Mut aufbringen, für unsere demokratischen Errungenschaften einzutreten und sie weiterzuentwickeln. Wir müssen weiterhin gemeinsam unsere Demokratie und unsere Gesellschaft verteidigen.



Hoher Besuch aus der Löwenstadt

Heute hatte ich wieder einmal hohen Besuch aus unserer Heimatstadt: Die Schüler:innen der **Martha-Fuchs-Gesamtschule** waren bei mir im Bundestag zu Gast! Es ist immer eine Freude, sich mit jungen Menschen auszutauschen und ihre Perspektiven auf Politik und Gesellschaft zu hören. Solche Begegnungen sind bereichernd und erinnern mich daran, wie wichtig es ist, für eine zukunftsfähige Politik zu arbeiten. Danke für euren Besuch!



“Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet” erhebt - wie immer - nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wenn du Fragen, Anregungen oder Kritik haben solltest, zögere bitte nicht, mich telefonisch unter Tel.: +49 531 4809 822 | Fax.: +49 531 4809 850, per Mail unter christos.pantazis@bundestag.de oder postalisch unter Wahlkreisbüro DR. PANTAZIS MdB | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig zu kontaktieren.

Herzliche Grüße

Dein Dr. Christos "Kitto" Pantazis